Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 7

Artikel: "Westliche Satrapie" Osteuropa : Führungsproblem und Eingliederung der europäischen Volksdemokratien in das Sowjet-Imperium
Autor: Hochheim, Arnold
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160331

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«WESTLICHE SATRAPIE» OSTEUROPA

Führungsproblem und Eingliederung der europäischen Volksdemokratien in das Sowjet-Imperium

VON ARNOLD HOCHHEIM

Das kommunistisch beherrschte Ost- und Mitteleuropa soll gegenwärtig aus einem europäischen Ostgebiet in eine «westliche Satrapie» des asiatisch-europäischen Sowjet-Imperiums umgewandelt werden. Zehn Jahre Kreml-Herrschaft haben in den westlichen Randgebieten nicht nur z. T. irreversible Tatsachen geschaffen; die bisherigen Maßnahmen in Osteuropa verraten auch ganz bestimmte, imperiale Grundsätze zur Eingliederung in das «sozialistische Viertel» der Welt.

Eine zutreffende Beurteilung dieses gigantischen Experiments erscheint besonders heute für den «Westen» notwendig: Nach J. W. Stalins Tod wurde in der UdSSR und den europäischen Volksdemokratien ein «neuer Kurs» proklamiert; auf der Berliner Außenministerkonferenz der vier Mächte überraschte W. M. Molotow die Weltöffentlichkeit am 10. Februar 1954 mit dem Vorschlag eines «Gesamteuropäischen Vertrags über die kollektive Sicherheit in Europa». Die eurasiatische Sowjetunion hat sich selbst als die Schutzmacht Europas entdeckt, diplomatische Noten und «gesamteuropäische» Konferenzen kommunistisch beeinflußter Körperschaften empfehlen seither diesen Sicherheits-Pakt, «der alle Länder Europas, ohne jede Zurücksetzung, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, ohne Vorherrschaft irgendeines Landes über die andern, unter Respektierung der Unabhängigkeit jeder Nation vereinigt». (Aus der Resolution der «Europäischen Gewerkschafts-Konferenz» des Weltgewerkschafts-Bundes [WGB] vom 22. Juni 1954.)

Im Schatten «wendepunktartiger» Entwicklungen — darunter der Ablehnung des EVG-Vertrages durch die französische Kammer am 30. August 1954 — begingen die europäischen Volksdemokratien die zehnjährigen «Befreiungsfeiern» ihrer Zugehörigkeit zum Ostblock. Vor neuen, grundsätzlichen Entscheidungen wird das freie Europa die sowjetischen Vorschläge zur Koexistenz demokratischer und kommunistischer Ordnung zwischen Ural und Atlantik «mit gebührender Aufmerksamkeit» prüfen. Wertvolle Rückschlüsse ergeben dabei die Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts im östlichen Teil-Europa. Insbesondere vermag eine nüchterne Einschätzung des innen- und außenpolitischen «neuen Kurses» die Frage zu beantworten, wieweit europäisches Bekenntnis und europäische Lebenseinheit in einem «Gesamteuropa» sowjetischer Prägung möglich sind.

Moskaus Führungsaufgabe in Ost- und Mitteleuropa

1. Nach dem Sieg der Alliierten und auf Grund der Abkommen von Teheran, Jalta, Potsdam griff die großrussische Führungsnation zum erstenmal in der Geschichte machtunmittelbar über zeitweilig beherrschte, osteuropäische Gebiete nach Mitteleuropa hinein. Es konnte von Anbeginn kein Zweifel walten, daß die Sowjets den neuen Besitzstand weder freiwillig zu räumen gedachten noch bereit oder in der Lage waren, in dem nach «Westen» tendierenden Teil-Europa ein lockeres Herrschaftsgefüge zu errichten. Der Zwang zur Neuordnung ergab sich aus der doppelten Zielsetzung des Kremls:

1. Schaffung eines imperialen Führungsbereiches mit strenger Ausrichtung auf das sowjetische Zentrum.
2. Ausbau der besetzten Länder zu einer «weltrevolutionären» Ausgangsstellung gegen Westeuropa.

2. Die Angleichung an die autoritär-zentralistische Herrschaftsmitte des Großrussentums hat in den osteuropäischen Gebieten eine krisenreiche Dauer-«Revolution» ausgelöst, deren Ergebnisse erst nach Jahrzehnten reifen können. Infolge der wachsenden weltpolitischen Spannung nach dem zweiten Weltkrieg setzte Moskau den «ideologischen Zeitraffer» zur Sozialisierung der Volksdemokratien und Ost-Deutschlands an, um durch beschleunigte Eingliederung dieses Vorfeldes in den Ostblock die fragile Einheit des jungen Welt-Imperiums vor einer etwaigen Zerreißprobe zu sichern.

Die machtpolitische Zergliederung Osteuropas

1. Gelten für die totalitäre, «direkte» Führungsmacht der Sowjets imperiale Einheit und ein Spannungsausgleich Osteuropas mit dem Zentrum als Aufgabe, so hat der Kreml gleichzeitig Vorsorge getroffen, daß eine einheitliche Blockbildung der «westlichen Satrapie» dem gesamten Machtkörper nicht zur Gefahr wird.

Deshalb nahm der Kreml schon zu Beginn seiner Herrschaft eine raumpolitische Dreiteilung Osteuropas vor:

a) Es wurden 1945, ohne Rücksicht auf nationale Selbstbestimmung, osteuropäische Staatengebiete in der Flächengröße Englands mit über 20 Millionen Einwohnern von der UdSSR annektiert.

b) Unter den «neuen Demokratien» erhielten Polen und die Tschechoslowakei für ihre beträchtlichen Gebietsverluste auf Kosten deutschen Territoriums eine teilweise Entschädigung. Jugoslawiens unbegründeter Anspruch auf Süd-Kärnten und Titos Aspirationen auf das Triestiner Hinterland wurden von der Sowjet-Diplomatie bis zum offenen Bruch zwischen Moskau und Belgrad, 1948, nachdrücklich gefördert.

c) Die restliche, ostdeutsche Besatzungszone der Sowjets und das gemeinsam besetzte Österreich wurden jeweils einem interimistischen Sonder-Status unterworfen, der die Handlungsfreiheit der Wiener Regierung einengt, die Führung der am 7. Oktober 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik aber zum willenlosen Werkzeug der Kreml-Politik macht.

Mit Ausnahme der finnischen «Enklave» entstanden damit entmachtete Gebietshoheiten, die vom «Westen» ebenso streng wie untereinander isoliert wurden.

2. Am 12. Februar 1948 schlossen Jugoslawien und Bulgarien in Moskau ein Abkommen zwecks engerer Zusammenarbeit. Die

Vorgeschichte dieses Bündnisvertrages kennzeichnet den sowjetischen cauchemar des coalitions: Bis Ende 1947 liefen Marschall Titos mit G. M. Dimitroff und anderen Verhandlungen zur schrittweisen Schaffung einer umfassenden Föderation zwischen Jugoslawien, Bulgarien, Albanien, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen. Am 29. Januar 1948 erteilte die Moskauer «Prawda» einem diesbezüglichen Interview des Bulgaren G. M. Dimitroff die offizielle Abfuhr:

> «... Im Gegenteil, die Redaktion der ‚Prawda' ist der Meinung, daß diese Länder keine derart fragwürdige und künstlich erzeugte Föderation oder Konföderation oder etwa eine Zollunion nötig haben;...»

Damals faßte Stalin in einer Besprechung demgegenüber drei «Föderationen» ins Auge: Polen-Tschechoslowakei, Ungarn-Rumänien, Bulgarien-Jugoslawien. Diese Zusammenschlüsse kamen in Wirklichkeit niemals zustande. Der Kreml hatte den Traum einer eigenständigen Balkan- und Kleinen Entente innerhalb seines Imperiums gründlich zerschlagen. Seither treffen die «neuen Demokratien» untereinander ausschließlich zweiseitige Wirtschafts- und Kultur-Abkommen [1]).

Kurz vorher, im Herbst 1947, war jedoch in der Nähe Warschaus eine «Ersatz»-Entente unter persönlicher Aufsicht A. Shdanows ins Leben gerufen worden, die dem sowjetischen Konzept entsprach: Die «Kominform» als wiedererstandene Internationale auf parteipolitischer Ebene [2]). Unter direkter Führung Moskaus bedeutet sie keine föderalistische Gefährdung des imperialen Monolyths.

3. Zur Abwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen wurden allerdings trotzdem «inter-sozialistische» Gremien geschaffen — doch mit streng begrenzten Teilaufgaben, vom Kreml unmittelbar gelenkt. Neben der sowjetisch-volksdemokratischen Donau-Kommission (Direction Générale du Danube Maritime), deren Mitglied auch das «abtrünnige» Jugoslawien geblieben ist, entstand Ende 1948 der «Rat zur gegenseitigen Wirtschaftshilfe» sämtlicher europäischer Volksdemokratien. Als zugeordnete Organisation dieses «Rates» gilt eine «Erdöl-Union», mit dem Sitz in Prag, später Berlin-Karlshorst. Ansätze zu einer «Montan-Union» und «Agrar-Union» Ost-Mitteleuropas, ebenfalls mit einer Prager Leitstelle, sind vorhanden. Seit März 1954 fungiert ein in Budapest gegründetes «Europäisches Transport-Komitee» der Kominform, das den Plan eines «gesamteuropäischen» Verkehrsnetzes unter Bevorzugung ost- und südosteuropäischer Transportwege verwirklichen soll. «Originform» in Warschau wird als gemeinsame, osteuropäische Agitations-Zentrale zur Bekämpfung der Kirchentümer bezeichnet.

4. Über *inner*staatliche Verwaltungsreformen hat ferner nach 1945 die Zertrümmerung organischer, traditioneller Provinzeinheiten

begonnen. Einschneidend waren 1952 die Verwaltungsreformen in der deutschen Ostzone und in Rumänien; sie vermehrten die Verwaltungsgebiete von 5 auf 15, beziehungsweise 9 auf 18 Bezirke oder Regionen. Dabei dürfte die Errichtung der «Autonomen Ungarischen Verwaltungs-Region» inmitten Siebenbürgens für die Anwendung des «territorialen Prinzips» in der osteuropäischen Nationalitätenfrage Schule machen.

Staatsordnung und Führung in den Volksdemokratien

1. Der offiziellen Auslegung zufolge ist die volksdemokratische Regierungsform «ein neuer revolutionärer Weg zum Sozialismus» (Bierut). Freilich handelt es sich um eine «schrittweise» «Revolution», die «sich unter anderen historischen Bedingungen und gewissen anderen Begleiterscheinungen wie 1917 in Rußland abspielt», denn es kann sich «die Arbeiterklasse in den volksdemokratischen Ländern auf die Macht des ersten sozialistischen Staates der Welt, auf die Sowjetunion stützen». «Der volksdemokratische Staat ist der Staat einer Übergangsperiode» (Dimitroff), aber er «unterscheidet sich nicht prinzipiell vom Wesen des Sowjetstaates». Das «bleibende Vorbild», der Sowjetstaat, bildet «die höchste Form der Diktatur des Proletariats». Im «Klassenkampf» der Volksdemokratien wird auch die ursprüngliche Antithese «proletarisch» — «kapitalistisch» weithin durch das weltpolitische Unterscheidungsmerkmal «sozialistisch» — «imperialistisch», oder «Friedenslager» — «Kriegsbrandstifter» ersetzt. «Demokratie im Volk und Diktatur über die Reaktionäre stellen die Diktatur der Volksdemokratie dar» (Mao tse-tung [3]). «Bürgerlich-kapitalistische» und koloniale Länder sollen künftig ebenfalls in die volksdemokratische Staatsordnung überführt werden [4].

2. Oberster Ordnungs- und Kontrollfaktor im Staatsleben sind die kommunistischen «Arbeiterparteien». Seit 1948 haben die Machthaber das (Volks)Räte-System ebenso lückenlos eingeführt wie die planwirtschaftliche Verstaatlichung des Industrie-Sektors, des Großhandels und — teilweise — die «Vergenossenschaftung» des Kleingewerbes sowie die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. Das Kulturleben führt man, besonders seit drei Jahren, auf die «Linie».

3. Gab es z. B. 1939 in Rumänien tausend und in Ungarn viertausend eingeschriebene KP-Mitglieder, so wurden diese kommunistischen Zwergparteien nach 1944, dank der Revolution von oben, monopolistische Massen-Organisationen für politische Bratenriecher aller Art. Die Angaben der volksdemokratischen Partei-Kongresse 1954 zeigen, daß die Zahl der Parteimitglieder und -kandidaten nach mehrfacher «Reinigung» immerhin 10—15% des Bevölkerungsstan-

des der Volksdemokratien erreicht — im Verhältnis bedeutend mehr als die Parteielite der UdSSR. Gewerkschaften, Frauen-, Jugendverbände, sowjetische «Freundschafts»-Gesellschaften erhöhen den Anteil organisierter «Werktätiger» auf rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung dieser Länder. Innerhalb dieses Aufgebotes muß die allmähliche Auslese von Funktionär-Kadern und die Zucht der «Ordensburgen» den fehlenden Stamm erprobter «alter Kämpfer» auf kaltem Wege ersetzen.

Trotz dieser weitgehenden organisatorischen Erfassung und Kontrolle der «Werktätigen» entschlossen sich die volksdemokratischen Machthaber im zehnten Herrschaftsjahr auch noch zur Wiederbelebung des 1944 inaugurierten überparteilichen «Volksfront«-Gedankens. Die zu besonderen Anlässen demonstrierte «Block-Arbeit» der «Vaterländischen Fronten» soll einen «Mehrparteien»-Charakter der Ein-Partei-Diktaturen vortäuschen, wie es ja auch in den Volksdemokratien nach wie vor Mehrparteien- (nicht Koalitions-!)Regierungen mit ehemaligen «Kleinbürgerlichen» und Sozialdemokraten gibt.

3. Die bisherigen Säuberungen der Staats- und Partei-Apparate Osteuropas folgten einer «inneren Logik» und bedeuten Meilensteine auf dem Weg zur völligen Bolschewisierung der Führungen:

a) Bis 1948 wurden in maßgebenden Staatsstellen hauptsächlich «bourgeoise» Kollaborateure «als Konterrevolutionäre entlarvt».
b) Der «Verrat» Titos im Juni 1948 leitete 1949 die Ausmerzung der «Titoisten» und «Nationalisten» ein (Dodsche-Albanien, Kostoff-Bulgarien, Rajk-Ungarn, Gomulka-Polen). Altbewährte, selbstbewußte KP-Führer fielen der Liquidierungswelle zum Opfer, weil schon allein ihre eigenwillige Persönlichkeit der imperialen Planung in den Volksdemokratien widerstrebte.
c) Seit Ende 1951 säuberte man vorwiegend planwirtschaftliche Sündenböcke und machte sie als «Abweicher» für Fehlschläge der 1949/50 begonnenen Mehrjahrpläne verantwortlich (Luca [Pauker]-Rumänien, Frejka [Slansky]-CSR, Vas-Ungarn).
d) Der Herbst 1952 brachte mit umwälzenden Revirements der volksdemokratischen Hierarchien anstelle der liquidierten «alten Kämpfer» überwiegend jüngere Funktionäre in die «Kleinen Kremls». Bierut, Zapotocky, Gheorghiu-Dej, Tscherwenkoff, Hodscha wurden «Führer und Lehrer» ohne echte, diktatorische Befugnisse.

Seit 1953 zeigen erschütterungsfreie «Wachablösungen» unter namen- und anhanglosen Funktionären das Ergebnis der führungspolitischen «Reinigungen»: Pausenloser Kampf gegen «Klassenfeinde» als notwendiges Requisit für die «revolutionäre Wachsamkeit» und

parteiergebene «Führungs-Kollektive». Diese volksdemokratischen «Kollektive» sind, zum Unterschied von der Kreml-Nachfolge, nicht Verlegenheit, sondern folgerichtiger Abschluß der Einbeziehung in das ptolemäische System des Imperiums.

Nationalitäten-Praxis und Partei-Einheit

1. Die sowjetische Vormacht bemüht sich seit 1944 um eine nationalitäten-politische «Gleichgewichtslage»: Bei grundsätzlicher Gleichstellung sämtlicher Volkstümer Osteuropas gewinnen — angesichts der großrussischen Führungsnation — auch die staatstragenden Nationen «Minderheiten»-Charakter; sie werden geschickt in einen «sozialistischen Wettbewerb» des Gehorsams Moskau gegenüber eingespannt: Deutsche — Polen, Tschechen — Slowaken, Madjaren — Rumänen. Gruppenweise und individuelle «sozialistische» Bewährung entscheidet über Bevorzugung oder Zurücksetzung. Besonders Deutsche, Slowaken, Juden, Madjaren erfuhren seit 1944 abwechselnd Genocid oder Begünstigung. Zwangsverschickungen in die UdSSR, «innere» Deportation «unzuverlässiger Elemente» aus Grenzzonen, aus Industrie-Zentren und geschlossenen Volkstumsgebieten, das wechselseitige Überwachungs-System durch Angehörige verschiedener Nationalitäten im Partei- und Staatsapparat charakterisieren das «russische Rezept». Zur nationalitätenpolitischen Auflockerung wurden in die nichtrussischen Gebiete Osteuropas etwa eine Million sowjetischer Fremdarbeiter eingeschleust.

2. Nationale Kultureinrichtungen, Schulanstalten, folkloristische Überlieferung werden, unter sowjet-kommunistischem Vorzeichen, für sämtliche «mitwohnenden Nationalitäten» ausgebaut und unterstützt. Kleinste Volkssplitter (z. B. Tataren, Zigeuner, Armenier usw.) genießen gegenüber Nationen mit größerem Eigengewicht großzügigste Förderung. «Patriotischer Internationalismus» als Grundhaltung ermöglicht gerade Angehörigen «mitwohnender Nationalitäten» das Aufrücken in höchste Funktionen: Slowaken und Deutschen in der CSR, Juden und Deutschen in Ungarn, Madjaren und Juden in Rumänien, Mazedoniern in Albanien.

3. Ein gewisses Übergewicht der Staatsnation und Staatssprache in volksdemokratischen Nationalitätenstaaten erscheint jedoch durch die übernationale Klammer der einheitlich durchorganisierten «Arbeiterparteien» gesichert. Zur nationalen Neutralisierung völkischer Minderheiten tragen auch grundlegend die national «gemischten», neuen Industrie-Kombinate, Kolchosen, Gewerkschaften, Kultur-Gruppen und dgl. bei.

Die zukunftbedachte Nationalitätenpolitik der Machthaber richtet jedoch das besondere Augenmerk auf eine entsprechende Jugend-

erziehung und die «internationalistische» Ausrichtung volksdemokratischer Partei-Kader. Schulwesen, Jugendverbände, «Ordensburgen» der Partei, aber auch Kultur-Gesellschaften für Millionen Erwachsener, drillen mit den «Lieblingsfächern» Russisch und Marxismus-Leninismus unermüdlich den «Internationalismus» sowjetrussischer Prägung [5]). Jahr um Jahr fährt auch eine volksdemokratische Auslese junger Arbeiter, Studenten, Offiziere — 1952 waren es schätzungsweise zwölftausend — zur kostenfreien Fortbildung in die Sowjetunion. Dieser «Garde der Zukunft» soll es selbstverständlich sein, wenn der mongolische Techniker in Warschau, der tschechische Fachmann in Peking, oder der sowjetische «Parteiarbeiter» in Berlin eingesetzt wird.

Die kommunistische Nationalitäten-Praxis dient daher der nationalitäten-*politischen* «Eunuchisierung» der Völker Osteuropas und letztlich der Zucht eines national indifferenten Sowjetmenschen-Typs.

«Stürmische Entwicklung» zu «sozialistischen» Industriestaaten

1. Innert zehn Jahren seiner Herrschaft setzte der Kreml den «ideologischen Zeitraffer» auch für den Aufbau der planwirtschaftlichen Staatskapitalismen Osteuropas an. Während es jedoch möglich war, im politischen und kulturellen Umbruch — dank aufoktroyierter «Form ohne Inhalt» — einigermaßen haltbare Fassaden zu errichten, rächte sich die gewaltsam beschleunigte «Sozialisierung» der Volkswirtschaften durch die Fieberkurve einer Dauer-Krise.

a) Als zugrundeliegende Ursache der Schwierigkeiten muß zuerst die sowjetische «Beuteperiode» des Nachkriegs mit dem entschädigungslosen Entzug von Wirtschaftsgütern in bisheriger Höhe von ca. 25 Milliarden $ (einschließlich deutscher Ostzone und Ost-Österreichs) genannt werden.

b) Ausschlaggebende Fehler wurden jedoch bei Erstellung der ersten Mehrjahr-Pläne, 1949/50, und durch spätere, rücksichtslose Planerhöhungen begangen. Die «vorbildgetreue» Vernachlässigung der Lebensmittel- und Verbrauchsgüter-Erzeugung zugunsten eines schwerindustriellen Gigantismus, unmäßige Kapital-Investitionen sowie laufende Reparationslieferungen an die UdSSR, führten zu «Disproportionen» («Rude Pravo», Prag, 16. 9. 53). Der Senkung der Lebenshaltung folgte eine unaufhaltsame Leistungsminderung [6]).

c) Koks-, Stahl- und Buntmetall-Mangel, vor allem das Fehlen einer bedarfdeckenden Maschinenindustrie, riefen im Industrie-Sektor «Engpässe» hervor [7]). Die «Vergenossenschaftung» des Handwerks und Kleingewerbes drückte gleichermaßen Quantität und Qualität der Leistung herab.

d) Die 1948 einsetzende Zwangskollektivierung der Landwirtschaften, seit dem Ausbruch des Korea-Konflikts im Juni 1950 forciert, beschwor neben einer wachsenden Versorgungskrise die «passive Resistenz» von annähernd 50 Mio bäuerlicher Bevölkerung (bei ca. 95 Mio Einwohnern Ost- und Mitteleuropas). Stalins Ausspruch, «daß die nationale Frage dem Wesen der Sache nach eine Bauernfrage ist», bewahrheitete sich treffend [8]).

2. Bereits 1951 mußten die imperialen Planer einlenken. Bis dahin spärliche und teuer bezahlte Rohstofflieferungen (Koks, Erz, Baumwolle) sowie kaum erwähnenswerte Maschinen-Ausfuhren der UdSSR in die volksdemokratischen Ackerbaustaaten erreichten seither ein nennenswertes Ausmaß. Besonders die verstärkte «direkte Intervention» der Sowjets erwies sich als unumgänglich: Neben den vorhandenen wurden neue sowjetisch-volksdemokratische Industrie-Gesellschaften in den osteuropäischen Ländern gegründet. Der anfänglich bescheidene Stab an sowjetischen «Beratern», Managern, Ingenieuren, Fachleuten aller Art erhöhte sich binnen zweier Jahre auf etwa hunderttausend qualifizierte Sowjetbürger. Trotzdem steigerten sich «Nicht-Erfüllung», Ausschuß-Erzeugung, Planverzerrungen und senkte sich die Lebenshaltung. Währungsreformen, Preisherabsetzungen, bevorzugte Versorgung der «Werktätigen» unter Aufhebung der Rationierung für die «überflüssigen Menschen» vermochten bis zum Sommer 1953 die inflationistische Investitions-Politik und das west-östliche Export-Gefälle nicht auszugleichen.

3. Die lawinenartig anschwellende Partei- und Staats-Bürokratie, staatliche Mißwirtschaft und Korruption, kostspielige Besserstellung der «Parteiarbeiter» und neuen «Intelligenz», Aufrüstung und hypertrophische «Volksarmeen» bilden überdies eine dauernde Belastung des wirtschaftlich-sozialen Gefüges. Nach Liquidierung des Mittelstandes verläuft der soziologische Umschichtungs-Prozeß — bei allgemeiner Nivellierung — nach wie vor zuungunsten der bäuerlichen Massen.

Bruch mit der europäischen Kulturüberlieferung

Kulturpolitisch haben die Sowjets im allgemeinen erst fragwürdige Anfangserfolge aufzuweisen. Unter strenger geistig-kultureller Abschnürung vom «Westen» hat in Ost-Mitteleuropa die Enteuropäisierung des Geschichts- und Kulturbewußtseins begonnen. Industrie-Giganten, Staats-Paläste, Kultur-Institute, Metros — vorläufig noch sehr «modellmäßig» —, Apotheose der «kultura», sakrales Parteizeremoniell leiten eine «fortschrittliche» Zivilisationsepoche sowjetrussischer Observanz ein. Seit 1950 wird insbesondere auch der Wissenschaftsbetrieb gleichgeschaltet. Doch die osteuropäischen «Kulturarbeiter» wagen in dem abgesteckten Rahmen erst schüchterne Gehversuche. Im lebenden Geschlecht verhindert die orientalische Vergötzung sowjetischer Einheitskultur oft geradezu eine gerechte Einschätzung wahrer großrussischer Kulturleistung. Die ausschließliche Anerkennung der Sowjets als kultureller Führungsmacht bleibt das Erziehungsproblem der zweiten und dritten Generation.

In diesem Zusammenhang verdienen die Kirchentümer Osteuropas Erwähnung. Trotz Verfolgung, «Gleichschaltung», aufgezwungenen Winkeldaseins darf man sie und religiöses Bekenntnis schlechthin als letzte und einzige unbezwungene Stellung gegen die volksdemokratische «Materialisierung» des Geistes bezeichnen. Verpolitisierende und «strafgesetzliche» Methoden der Kirchenverfolgung lassen religiöse Gemeinschaften oft auch zum Hort des politischen Widerstandes werden.

Der «neue Kurs» in Ost- und Mitteleuropa

1. Die Tatsache, daß im ent-föderalisierten Osteuropa die «Batterien» der volksdemokratischen Länder nebeneinander-, nicht nacheinandergeschaltet, mit der Kominform-Zentrale verbunden sind, erwies sich für die Neuregelung der Verhältnisse nach J. W. Stalins Tod als vorteilhaft: Die «Batterien» konnten vom Schaltraum Moskau her einzeln oder gekoppelt bedient werden. So war es dem neuen Kreml-Kollektiv auch möglich, die kritischen Belastungsproben des Jahres 1953 in den Volksdemokratien zu bestehen. Freilich brachte eine neunjährige «Umerziehung» als Ergebnis am 17. Juni 1953 wieder rollende Sowjet-Panzer gegen ostdeutsche Arbeiter, Streiks in der CSR, Unruhe im gesamten Satellitenraum. «Fehlerhaft war das schablonenhafte Übertragen der Formen und Methoden der Arbeit in der Sowjetunion auf die Deutsche Demokratische Republik», erklärte dazu SED-Sekretär Walter Ulbricht [9]). Doch seine Feststellung gilt nicht allein für den ostdeutschen «Sonderfall»; sie zeigt die Grenzen sowjetischer Führungskunst schlechthin, die jenseits des eigenen, traditionellen Raumes das «russische Rezept» anwendet.

2. Der «neue Kurs» begann tatsächlich bereits vor der ostdeutschen Volkserhebung, die dann allerdings das politische Klima Osteuropas wesentlich beeinflußte. Die Kreml-Nachfolger hatten sich entschlossen, selbst auf Kosten eines «Kompromisses mit den Banditen» (Lenin), vom Westen eine außenpolitische Atempause auszuhandeln. Sie sollte dazu dienen, durch Verlangsamung des «revolutionären» Tempos und Beseitigung von Auswüchsen am stalinistischen System, die Ordnung innerhalb des jungen Imperiums tragfähiger zu gestalten. Das Schaltwerk des Kremls wird nun gekoppelt bedient. Bemerkenswert ist, daß über ein Menschenalter *nach* der Oktoberrevolution für die UdSSR *und* die europäischen Volksdemokratien die gleichen Sanierungsmaßnahmen getroffen werden: «Verbürgerlichung» der äußeren Aufmachung, Aufforderung zur «inneren Demokratie» im Partei-Kollektiv und Betrieb, Steigerung der Lebensmittel- und Verbrauchsgüter-Erzeugung, ein «individualistisches» Ventil für die Bauern.

3. Die volksdemokratischen Hierarchien Osteuropas haben sich seit dem «neuen Kurs» bisher unwesentlich verändert. Zum Teil fand eine schärfere, persönliche Trennung von Staats- und Parteiämtern statt, und einige zählebige «bourgeoise» Kollaborateure rückten visuell in den Vordergrund. Vor allem: straffere Parteidisziplin soll unerwünschte Rückwirkungen der neuen «NEP»-Periode auffangen. Diese parteimäßige Verschärfung des Kurses und Alarmbereitschaft haben ihre Ursachen: Auch die verkürzten Planziele werden in Osteuropa eine wirksame Besserung der Lebenshaltung verhindern. Drängender als in der UdSSR erheben osteuropäische «Werktätige», besonders die unzufriedenen Bauern, ihre neuen Forderungen — selbst bei geringer Lockerung des Druckes. Für eine Diktatur ist Liberalisierung ein undankbares Geschäft, besonders in einer überlieferungsfremden, widerspenstigen «Satrapie».

4. Die UdSSR hat nach 1944 eine weltgeschichtliche Chance versäumt, da ihr Herrschaftssystem seither in Osteuropa das augenfällige Gegenbeispiel für eine friedliche Koexistenz unter sowjetischer Ägide liefert. Denn auch der «neue Kurs» der Volksdemokratien versucht lediglich wirtschaftlich und sozial, existenzbedrohende, unabänderliche Fehlentwicklungen hintanzuhalten, ohne das Gewaltsystem zu ändern. Außenpolitisch aber zielt die zweite Phase des «neuen Kurses» auf die Schaffung «neutraler» und kollaborierender Zonen an den Herrschaftsrändern des Ostblocks. Der geschickte Appell an das demokratische Freiheitsprinzip und taggebundene Sonder-Interessen einzelner Partner soll dazu beitragen, die gemeinsame Verantwortung des «Westens» auszuhöhlen.

5. Europa vollends will der sowjetische Sicherheitspakt-Vorschlag auf einen «geographischen Begriff» (Bismarck) reduzieren. Molotows «Gesamteuropa«-Konzept geht von volksdemokratischen Erfahrungen aus: 1944 ließ der Gedanke «nationaler Einheit» in den Volksdemokratien «Volksfront»-Konglomerate entstehen, die von den Kommunisten infiltriert und zersprengt wurden. Ein kollektives «Volksfront»-Europa — neutralisiert in Bekenntnis und Haltung — hätte im kontinentalen Maßstab ebenso «westliche Satrapie» zu werden.

Ausblicke zur sowjetischen Fernplanung in Osteuropa

1. Die Bolschewisierung Chinas im Jahre 1949 leitete eine sowjetische und weltpolitische Schwerpunkt-Verlagerung nach Asien ein und wird damit auch für die osteuropäische Entwicklung von schicksalhafter Bedeutung. An der westlichen Flanke des Imperiums bleibt Ostdeutschland die «revolutionäre» Schlüsselposition. Eine euro-

päische Lösung der deutschen Frage würde anderseits u. U. gleichartige Kettenreaktionen in ganz Osteuropa hervorrufen.

2. Die bisherigen und künftigen Schwierigkeiten der Kremlpolitik in Ost- und Mitteleuropa wurzeln in folgenden Gegebenheiten und langfristigen Maßnahmen:

a) Die sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung mit ihrer dünnen Oberschicht über der kollektivistischen Masse übernahm schlechthin das überlieferte System der «Autokratie des Zarentums» unter dem Schlagwort der «Diktatur des Proletariats». Die Übertragung dieser horizontalen Zweischichtigkeit auf «vertikal» reichgegliederte, osteuropäische Organismen muß auf die Dauer scheitern.

b) Der säkularisierte Cäsaro-Papismus des Kremls regiert einen Raum, in dem bereits das Mittelalter den Papal-Cäsarismus durch eine Trennung von Sacerdotium und Imperium überwunden hat. Seit Napoleon, vor allem Hitler, ist ideologisch transzendierte Staats-Allmacht um so anrüchiger, als sie mit dem Preis persönlicher Freiheit bezahlt werden muß.

c) Zwecks Sicherung des imperialen Ausbaues versucht der Kreml nach 1945, das weltpolitische Insel-Dasein der Sowjetunion zwischen 1921 und 1939 für den gesamten Ostblock zu wiederholen. Diese splendid isolation ist auf ferne Sicht ein hoffnungsloses Unternehmen.

d) Die gewaltsame «Sozialisierung» mit dem «ideologischen Zeitraffer» an allen Fronten verzögert in Wirklichkeit eine zukunftträchtige Eingliederung.

e) «Direkte Intervention», mit Hilfe riesiger «Berater«-Stäbe, überfordert das Potential jeder großräumigen Führungsmacht — auch der großrussischen.

f) «Wieviel Divisionen hat der Papst?» Der Ausspruch Stalins kennzeichnet die kommunistische Geringschätzung stillwachsender geistiger Kräfte; er erklärt auch die unduldsame Zuchtmethode der Staats-Ideologie und den pausenlosen Anspruch auf den «ganzen Menschen». Ein dauernd überspannter Bogen aber bricht.

3. Die außenpolitischen Erfolge der Ostblock-Politik im Jahre 1954 sollten nicht vergessen lassen, daß der «neue Kurs» gleichzeitig *innerhalb* des Sowjet-Imperiums den Nachweis erbracht hat, daß es kein «sozialistisches» Wunder gibt, sondern eine dem System inhärente Dauerkrise mit abschätzbaren Höhepunkten. Zudem bildet am Beginn eines neuen Weltkurses das ungebrochene Bekenntnis der kommunistisch beherrschten Nationen Osteuropas zur europäischen Lebenseinheit eine unüberhörbare Mahnung an die freie Welt, den

hinnehmenden Rechtspositivismus der Westalliierten in den Jahren nach 1944 durch unveräußerliche völkerrechtliche und humanitäre Grundsätze endgültig zu überwinden. Politische Weltverantwortung ist an ein Ethos menschlicher Freiheit gebunden, das allein dauerhafte Grundlagen menschlichen Zusammenlebens zu gestalten ver-

---

[1]) Der Kreml reagiert übrigens auch sehr empfindlich auf osteuropäische Föderations-Pläne, die in der demokratischen Welthälfte diskutiert werden. Als z. B. im Frühsommer 1951 einige osteuropäische Emigranten-Gruppen in München über den Sender «Free Europe» einen solchen künftigen Bündnispakt propagierten, wiesen die Kreml-Agitatoren sehr geschickt darauf hin, daß diese Emigranten-Gruppen mit ihrem «Osteuropa-Block» eine doppelte Riegelstellung sowohl gegen Deutschland wie gegen die Sowjetunion planten. Bedeutende Summen Moskaus dienen dem Zweck, «nationale» Zwistigkeiten unter den osteuropäischen Emigranten-Gruppen hervorzurufen oder zu vertiefen. [2]) Die «Kominform» (Kommunistische Informations-Zentrale) wurde offiziell erst im Oktober 1948 in Belgrad als Nachfolge-Organisation der seit 1919 bestehenden «Komintern» gegründet; die «Komintern» wurde am 5. Oktober 1943 «wegen Fehlens einer Verbindung zwischen den kommunistischen Parteien» aufgelöst. Der Sitz der Organisation, die auch die KP Frankreichs und Italiens einschließt, wurde 1948 aus Belgrad nach Bukarest und z. T. Sinaia, verlegt. Ihre praktische Bedeutung hat sie während der letzten Jahre ziemlich eingebüßt. [3]) Mao tse-tung: «Über die Diktatur der Volksdemokratie», Dietz-Verlag, 1951. Während «das Volk in China die Arbeiterklasse, die Bauernklasse, die Kleinbourgeoisie und die nationale Bourgeoisie» ist, wechselt der Begriff «Volk» in Osteuropa nach den jeweiligen Erfordernissen des «Klassenkampfes». [4]) Siehe die Formulierungen in dem Vortrag I. I. Potechins: «Die Probleme des ethnographischen Studiums über die Völker der kolonialen Länder» («Sowjetskaja Etnografija», 1951, 4. Band, Seite 37 unten). [5]) Die ungarische Parteihochschule, das «Lenin»-Institut in Budapest, erteilt z. B. den Unterricht in den höheren Kursen ausschließlich in russischer Sprache. [6]) «Szabad Nép», Budapest, bemerkt in seinem Leitartikel vom 3. 8. 53 u. a., daß die Versuche zur Herstellung einer wirtschaftlichen Autarkie der Ungarischen Volksrepublik ein Irrtum waren. Die folgende Feststellung gilt für sämtliche europäischen Volksdemokratien: «Wir überschätzten unsere Möglichkeiten für unsere Schwerindustrie und übersteigerten das Tempo der Industrialisierung. Wir versuchten, verschiedene Waren im Lande zu produzieren, um ihre Einfuhr zu vermeiden. Dabei haben wir unsere Landwirtschaft, den Wein- und Obstbau, vernachlässigt. Wir wollen diese Fehler korrigieren. Zu diesem Zweck muß der Handel mit den Volksdemokratien erweitert werden, und es ist zu hoffen, daß auch der Handelsverkehr mit den kapitalistischen Ländern auf der Grundlage gegenseitiger Interessen und des gegenseitigen Vorteils entwickelt werden kann.» [7]) Sämtlichen Volksdemokratien fehlt eine entsprechende Erz-Grundlage; koksfähige Kohle besitzt nur Polen und in geringem Ausmaß die CSR. Außer Rumänien kämpfen die übrigen osteuropäischen Länder mit Treibstoffmangel. Diese Mangelerscheinungen könnte die UdSSR jedoch leichter beheben als den Mangel an Maschinen und Werkzeugen, der auch für die Industrie-Planung der Sowjetunion bestimmend ist. Zusätzliche Lieferverpflichtungen bedeutet für die UdSSR überdies der 1953 angelaufene erste Fünfjahrplan Chinas. [8]) Rede J. W. Stalins, gehalten in der jugoslawischen Kommission des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale am 30. März 1925 («Bolschewik», Nr. 7). [9]) Rede Ulbrichts auf der 15. Tagung des ZK der SED, 24.—26. Juli 1953 («Neues Deutschland», 28. 7. 53, Nr. 174).

mag. Werden individuelle Freiheit und nationale Selbstbestimmung nicht zur Geltung gebracht, wo sie bedroht sind, verlieren sie ihre tragende Bedeutung überhaupt. Gerade im Blick auf die ungeminderten sowjetischen Zucht- und Eingliederungsversuche an wehrlosen Individuen und Nationen der «westlichen Satrapie» Osteuropa gilt es, den Gegner auf die Achtung dieser Grundsätze festzulegen. Jede andere Politik müßte unter den gegebenen Verhältnissen zur Selbstaufgabe der ideellen und existentiellen Positionen Europas und des «Westens» führen.

Copyright «Schweizer Monatshefte», Zürich.

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die *Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten* (Nr. 9, September 1954, New York) veröffentlichen eine Erklärung von *Matthew Woll,* dem Vorsitzenden des Komitees der amerikanischen Gewerkschaftsföderation für freie Gewerkschaften, *gegen die Aufnahme des kommunistischen Chinas* in die Vereinten Nationen. Wenn der Beitritt zur UNO allen friedliebenden Staaten freisteht, so ist es klar, daß das kommunistische China diese Voraussetzung nicht erfüllt. Das Peipinger Regime vertritt nicht das chinesische Volk. Obwohl es als eine totalitäre Diktatur seit mehr als fünf Jahren über absolute Macht verfügt, hat es bisher nicht gewagt, Gesamtwahlen abzuhalten. Mao Tse-tung hat sein 1937 gegebenes Versprechen nicht gehalten, die Frage der Einführung des sowjetischen Gesellschaftssystems in China durch eine demokratische Entscheidung des ganzen Volkes beantworten zu lassen. Viele Befürworter einer Aufnahme sind der festen Überzeugung, daß die Mitgliedschaft in der UNO das Regime Mao Tse-tungs transformieren und den Charakter der Peipinger Diktatur reformieren werde. Die Erfahrungen mit Rußland und seinen Satelliten beweisen zur Genüge, daß das nichts als Wunschphantasien sind. Dagegen würde die Aufnahme des kommunistischen Chinas, das gegen die UNO Krieg geführt hat, dazu beitragen, die Peipinger Diktatur zu legalisieren und ihr moralisches Ansehen zu schaffen. Anderseits würden die demokratischen Kräfte entmutigt und demoralisiert. Eine Aufnahme würde das kommunistische Regime in China selbst festigen und dessen Terror verschärfen. Eine solche internationale Anerkennung würde überdies verhängnisvolle Auswirkungen auf die antidemokratischen Kräfte in den Nachbarländern Chinas haben. Sie würde die nationale Unabhängigkeit dieser Länder gefährden und die subversiven Elemente stark ermutigen, welche die demokratischen Rechte der Völker Burmas, Thailands, Malaias, Ceylons, Indonesiens und selbst Indiens zu zerstören und deren demokratische Einrichtungen zu untergraben versuchen. Wir sollten nicht die katastrophalen Erfahrungen vergessen,